

Vorlage Nr. I/231/2011
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Einrichtung eines Projektstabs zur Begleitung der Aufgabenüberprüfung in der Verwaltung

A Problem

In der *Vereinbarung zur Zusammenarbeit – Koalition – zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der 18. Wahlperiode der Seestadt Bremerhaven 2011 – 2015* wird die Magistratskanzlei beauftragt, „durch eine möglichst flächendeckende Aufgabenüberprüfung der Verwaltung Einsparpotentiale zu identifizieren und dem Magistrat sowie dem Personal- und Organisationsausschuss regelmäßig hierüber zu berichten“. Eine erste Vorlage hierüber wird vor Ende 2011 erwartet.

Nach Auffassung des Dezernats I bedarf die flächendeckende Aufgabenkritik beim Magistrat einer strategischen Begleitung, damit in möglichst enger Verzahnung zwischen Verwaltungsspitze, der Personalvertretung und den politischen Gremien eine möglichst hohe Akzeptanz erreicht werden kann. Bereits in der Vergangenheit ist diesen Anforderungen dadurch Rechnung getragen worden, indem 2004 ein Projektstab eingerichtet wurde, der jedoch seine Tätigkeit zwischenzeitlich eingestellt hat.

B Lösung

Dem Magistrat wird empfohlen, zur Begleitung des in den nächsten Jahren vorgesehenen aufgabenkritischen Prozesses in der Stadtverwaltung einen Projektstab einzurichten. Seine wesentliche Aufgabe soll darin bestehen, die Vorschläge der Magistratskanzlei aus der verwaltungsweiten Aufgabenüberprüfung vor einer Gremienbefassung (Magistrat, Personal- und Organisationsausschuss) zu bewerten, Verantwortlichkeiten zur Vorbereitung der Maßnahmenbeschlüsse sowie zu deren Umsetzung konkret festzulegen sowie eigene Zielvorgaben zu definieren.

Für die Besetzung des Projektstabs sollten vorgesehen werden:

- der Oberbürgermeister,
- Frau Stadträtin Krein oder Herr Stadtrat Pletz,
- der Magistratsdirektor sowie
- ein(e) Vertreter/-in des Gesamtpersonalrats.

Zudem kann der vorgenannte Personenkreis vorsehen, Gäste hinzuzuziehen.

Die Sitzungen des Projektstabs sollen im Rhythmus von ca. zwei Monaten stattfinden. Die Abarbeitung der Arbeitsaufträge aus dem Projektstab soll in der Regel durch jeweils themenbezogen einzurichtende Projektgruppen erfolgen, an denen neben Vertretern der Magistratskanzlei grundsätzlich die Stadtkämmerei, der betroffene Bereich sowie die Beteiligungsgremien beteiligt sein sollen. Das Projektmanagement soll durch die Magistratskanzlei wahrgenommen werden.

C Alternativen

Durchführung der Aufgabenkritik ohne Begleitung durch einen Projektstab.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Die Vorlage hat keine unmittelbaren finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

E Beteiligung / Abstimmung

Der Stadtkämmerei wurde die Vorlage vorab zur Kenntnis gegeben.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Geeignet / wird gewährleistet

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat beschließt, zur Begleitung des in den nächsten Jahren vorgesehenen aufgabenkritischen Prozesses in der Stadtverwaltung unter den in Punkt B dargestellten Rahmenbedingungen einen Projektstab einzurichten.

Der Gesamtpersonalrat wird gebeten, eine(n) Vertreter/-in für die Teilnahme im Projektstab zu benennen.

Grantz
Oberbürgermeister